



Willi Zylajew  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 – 74777  
Fax: (030) 227 – 76775  
Email: willi.zylajew@bundestag.de

Berlin, 02.10.2007

## **Festbeitrag**

*Immer weniger junge Menschen müssen für immer mehr ältere sorgen, bei denen altersbedingt bestimmte Erkrankungen zunehmen werden. Was ist notwendig, die medizinische Versorgung der älteren Menschen im Jahr 2030 sicherzustellen?*

In der Tat wird in den nächsten Jahrzehnten die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme schwieriger, da in unserer Gesellschaft seit längerem ein Geburtenrückgang zu konstatieren ist. Hinzu kommt eine erfreulich positive Entwicklung des durchschnittlichen Lebensalters. Ein Generationenvertrag funktioniert natürlich nur dann gut, je günstiger die Relation der Beitragszahler zu den Leistungsempfängern ist. Die An- und Bevorstehende Probleme sind seit Jahren bekannt.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben auf dem Sektor der Gesetzlichen Krankenversicherung bereits vor 20 Jahren reagiert und die beitragsfreie Versicherung von Renterinnen und Rentnern aufgegeben. Seit rund zwei Jahrzehnten zahlen Renterinnen und Renter aus der gesetzlichen Rente und den Betriebsrenten einen Teilbeitrag zu ihrer Krankenversicherung. Der Beitragssatz der Rentner in der Gesetzlichen Krankenversicherung deckt heute nur noch 40 Prozent der von Rentnern verursachten Leistungssätze ab. Das heißt 60 Prozent werden von den aktiven Beschäftigten mitfinanziert. Sicherlich müssen diese Beitragsanteile angepasst werden. Die solidarische Versicherung sollte nach Einschätzung der Union aber stets so angelegt werden, dass Gesunde wie Kranken und Jüngere wie Älteren mitzahlen. Das ist das Prinzip der solidarischen Versicherung.

Darüber hinaus wollen wir eine schrittweise Entkoppelung der Krankenversicherungsbeiträge vom Lohn erwirken. Ein Element ist hierzu die künftig steuerfinanzierte beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenversicherung. Anders als in der Rente sind in der Krankenversicherung und in

der Pflegeversicherung die demographischen Verwerfungen nicht so stark, weil auch nach Beendigung des Erwerbslebens Beiträge zu zahlen sind. Von daher ist auf Dauer die Versorgung älterer Menschen in unserem Gesundheitswesen gesichert.

Abhängig von der Beitragssituation muss man natürlich die Frage nach stärkerer Wirtschaftlichkeit bei den Aufgaben stellen. Hier gilt es, durch geeignete Maßnahmen falsche Anreize, Mittelverschwendung, mehrfache Begutachtungen usw. auf dem Prüfstand zu stellen. Dies ist ein ständiger Prozess, der für alle Sparten des Gesundheitswesens bedeutsam ist.

Es muss sichergestellt sein, dass eine hochwertige medizinische Versorgung auch weiterhin für alle Menschen erhalten bleibt. Dazu muss zunächst die Innovationskraft des Gesundheitswesens betrachtet werden. Die Politik muss hier Anreize schaffen, um die Forschung weiter zu fördern. Unter Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan konnten wir erst kürzlich ein Investitionspaket von rund 60 Millionen Euro für den Aufbau eines Nationalen Forschungszentrums zur Bekämpfung von Demenz auf den Weg bringen. Wichtig ist hierbei medizinische Errungenschaften schnell und unkompliziert den Betroffenen zu Gute kommen zu lassen.

Tatsache ist, dass sich Gesellschaft und Politik den neuen Heraus- und Anforderungen durch eine immer älter werdende Bevölkerung stellen müssen. Das Gesundheitswesen muss fit für die Zukunft gestaltet werden. Auf Seiten der Politik werden die Voraussetzungen dafür geschaffen. Nehmen wir zum Beispiel das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, das sich derzeit in der Abstimmung befindet. Ein zentraler Bestandteil davon sieht die stärkere Berücksichtigung der schwierigen Situation von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz vor. Dem wollen wir gerecht werden, in dem wir unter anderem Betroffenen zusätzlichen Leistungsbeträgen zur Verfügung stellen und betreute Wohnformen besser fördern.